

2013-11-19

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus am 29.05.2013

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:45 Uhr
Sitzungsort: avendi Senioren Service Dessau GmbH,
Hausmannstr. 3, 06844 Dessau-Roßlau

Es fehlten:

Fraktion der SPD

Gebhardt, Udo

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Grünthal, Martin

Fraktion der FDP

Bähr, Manfred

Unentschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, und dem Dank an die avendi Senioren Service Dessau GmbH für die Gastfreundlichkeit und die Möglichkeit zur Durchführung der heutigen Ausschusssitzung informierte **Herr Lohse, Qualitätsmanagement-Beauftragter der avendi Senioren Service Dessau GmbH**, zur Struktur und Historie der Einrichtung.

Die Diringer & Scheidel Unternehmensgruppe ist Betreiber folgender 100 % Tochterfirmen für den Bereich Pflege:

- avendi Senioren Service Dessau GmbH (Raum Dessau und Weißenfels)
- avendi Senioren Service GmbH (Großraum Mannheim)
- avendi Senioren Service GmbH (Raum Kehl)

Die 3 avendi GmbHs betreiben zusammen 4 ambulante Pflegedienste und 14 stationäre Einrichtungen. Davon 3 in Sachsen-Anhalt, 10 in Baden-Württemberg und 1 in Rheinland-Pfalz. Zur Historie ergänzte **Herr Lohse**, dass in den Jahren 2001/2002 die Projektierung einer Pflegeeinrichtung in der Langen Gasse (heute IHK) begann.

Dieses Projekt kam nicht zustande und es erfolgte ein Grundstückstausch. 2002 wurde die Pflegeeinrichtung in der Hausmannstraße 3-7 mit 61 stationären Pflegeplätzen und 48 altersgerechten Wohnungen realisiert und der Erstbezug erfolgte 2003. Auf Grund fehlender Kapazitäten wurde im Jahr 2005 eine Erweiterung der Einrichtung vorgenommen und es kam zur Umwidmung des historischen Palais Bose sowie des angrenzenden Geschäftsgebäudes. Hierdurch konnten zusätzlich 49 stationäre Pflegeplätze geschaffen werden. Die Errichtung der Pflegeeinrichtung in der Pfaffendorfer Straße wurde 2007/2008 mit 53 stationären Pflegeplätzen sowie 22 altersgerechten Wohnungen realisiert. Den ambulanten Pflegedienst „avendi mobil“ etablierte man im Jahr 2011. Ein Jahr später erfolgte die Fertigstellung des Gartenhäuschens und im Jahr 2013 kann avendi sein 10-jähriges Jubiläum feiern. Beide Einrichtungen, so **Herr Lohse**, seien sehr gut in das soziale Umfeld integriert und erfahren eine hohe Akzeptanz.

Auf die von den anwesenden Stadträten aufgeworfenen Fragen zu Beschäftigte, Fremdvergabe und Nachwuchsförderung ging **Herr Lohse** im Einzelnen ein. Die avendi Senioren Service Dessau GmbH beschäftigt am Standort Dessau-Roßlau in Voll- und Teilzeit: Pflege & Wohnen „Palais Bose“ 85 und in der Waldsiedlung 41 Mitarbeiter. Die avendi Senioren Service Dessau GmbH erbringt pflegerische Leistungen. Alle sonstigen Leistungen (Verwaltung, Hauswirtschaft, Küche, Wäscherei, Haustechnik) werde über die eigene Service-Gesellschaft erbracht. Die H&S Senioren Service GmbH erbringe diese Leistungen gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag. Leistungen, wie die Reinigung der Verkehrsflächen sowie Glasreinigung erfolgt über einen externen Dienstleister.

Im Bereich der Nachwuchsförderung, Qualifizierung und Weiterbildung engagiert sich die avendi Senioren Service GmbH stark. Im Bereich der Pflege erfolgt die Ausbildung von Pflegefachkräften (Erstausbildung) sowie die Weiterqualifizierung von engagierten Pflegehelfern zu Pflegefachkräften. Auch werden in der Einrichtung Köche und Beiköche ausgebildet. Die Ausbildung von Nachwuchsführungskräften erfolgt in den dualen Hochschulen Heidenheim und Mannheim. Die avendi Senioren Service GmbH, so **Herr Lohse** abschließend, pflegt eine enge Kooperation mit den ausbildenden Schulen und beteiligt sich regelmäßig an Ausbildungsmessen.

Herr Mau dankte Herrn Lohse für die Vorstellung des Unternehmens sowie die umfangreichen und wissenswerten Informationen.

Im Anschluss daran stellte **Herr Mau** die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie - mit 8 stimmberechtigten Stadträten - die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, fragte nach, weshalb das Thema Stadtmarketing nicht Bestandteil der Tagesordnung ist. Durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, wurde zugesichert, diese Thematik in der nächsten Sitzung wieder aufzugreifen.

Ein **Antrag** zur ausgereichten Tagesordnung erfolgte in Abstimmung mit der Verwaltung durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**,

Die Tischvorlage, „Prüfauftrag aus der Sitzung vom 15.01.13 (Wirtschafts- und Bauausschuss) zur Vorlage DR/BV/413/2012/VI-60 „Programme der Städtebauförderung“ unter Punkt 8.1. der Tagesordnung zu beraten.

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde kein weiterer Änderungsbedarf angezeigt, so dass sie durch **Herrn Mau**, zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 : 1

Die Tagesordnung wurde in geänderter Form mehrheitlich bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Bauwesen, Umwelt und Verkehr am 09.04.2013

Zur Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus mit dem Ausschuss für Bauwesen, Umwelt und Verkehr am 09.04.2013 wurden keine Änderungen oder Ergänzungen vorgebracht.

Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, stellte die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 6 : 0 : 2

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus mit dem Ausschuss für Bauwesen, Umwelt und Verkehr am 09.04.2013 wurde ungeändert bestätigt.

4. Informationen zur Pflegestrukturplanung - Wirtschaftsfaktor Pflege

Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration, bedankte sich für die Möglichkeit zur Einführung. Gemäß dem Ausführungsgesetz wurden die Landkreise und Städte beauftragt, jeweils für ihr Gebiet eine Analyse der Pflegestruktur vorzunehmen. Insbesondere hat die Feststellung des Bestandes an ambulanten Diensten, teilstationären und vollstationären Einrichtungen sowie die Planung von Maßnahmen, die im Rahmen der kommunalen Zuständigkeit zur Anpassung an die tatsächliche Entwicklung der pflegerischen Versorgung sind, zu erfolgen. Darüber hinaus ist für die Vernetzung des Angebotes zu sorgen. Im Planungswerk werden strukturelle Analysen und Strategien zur Entwicklung einer bedarfsorientierten Pflegelandschaft in Dessau-Roßlau bis zum Jahr 2017 vorgelegt. Auf die finanzielle Struktur, so **Frau Paesold** weiter, hat die Stadt Dessau-Roßlau keinen Einfluss. Um einen breiten Konsens aller beteiligten Akteure zu erlangen, sollen in einem Beteiligungsverfahren Grundaussagen und Entwicklungsstrategien des lokalen Pflegemarktes Berücksichtigung finden. Leider ist in der Abfrage bisher ein schlechter Rücklauf zu verzeichnen. Des Weiteren machte **Frau Paesold** auf die Problematik aufmerksam, im Pflegebereich qualifizierte Arbeitskräfte zu finden. Mit dem Wissen, dass es sich bei 2,4 % der Bevölkerung in Dessau um Pflegebedürftige handelt und die Prognose eine Steigerung voraussagt, gilt es, in allen Einrichtungen die personelle Ausstattung zu sichern.

5. Öffentliche Informationsvorlagen und Beschlussfassungen

5.1 4. Änderung des Flächennutzungsplans vom Stadtteil Dessau für die Ortschaft Rodleben im Bereich des BioPharmaParks

Vorlage: BV/119/2013/VI-61

Einführend wurde durch **Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, auf die IDT als Highlight der wirtschaftlichen Entwicklung der besagten Region hingewiesen und er ergänzte, dass der Prozess Klärstellungen benötige. Hierzu übergab er **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege** das Wort.

Um Irritationen zu vermeiden, so **Frau Jahn**, soll mit dieser Beschlussvorlage das Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans für die Ortschaft Rodleben eingeleitet werden. Im Ergebnis müssen abweichend vom Flächennutzungsplan (Stand 2007) die aktuellen Darstellungen angepasst und die Planstraße A aus dem B-Plan 168 A „Pharmastandort Rodleben-Tornau“ ergänzt werden. Ziel der Stadt Dessau-Roßlau ist die Erweiterung des BioPharma-Parks durch eine abgestimmte Darstellung gewerblicher Bauflächen, untersetzt durch eine verbindliche Bauleitplanung sowie bau- und straßenrechtliche Verfahren. Allerdings erhielt der B-Plan 168 A bereits einen Hinweis zur Weiterführung der Planstraße A für die Herstellung einer kompletten Umfahrung.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5.2 Standortentscheidung zum Neubau der Schwimmhalle Vorlage: BV/099/2013/I-OB

Der **Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch**, erläuterte eingangs den derzeitigen Stand.

Ausgehend von den Bewertungskriterien wie Leitbildrelevanz, Lage, Erschließungszustand etc. stehen derzeit noch zwei Standorte zur Debatte (Ludwigshafener Straße, Marktstraße).

Ein zu erstellendes Gutachten weist die Vor- und Nachteile beider Standorte aus. Die entsprechende Beschlussvorlage war und ist derzeit Diskussionsgegenstand in den verschiedenen Ausschüssen, um eine endgültige Entscheidung durch Beschluss des Stadtrates am 05.06.2013 herbeiführen zu können. Die Verwaltung plädiert für den Standort Marktstraße, um hier den Innenstadtbereich zu beleben. Die Finanzierung, so der **Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch**, ist für beide Varianten nicht gesichert.

Zum Abschluss seines Redebeitrages äußerte er an die Stadträte die Bitte, in der anschließenden Diskussion keine Vermutungen auszusprechen, dies sei nicht zielorientiert. Vielmehr solle man sich an Fakten halten, um eine realistische Entscheidung herbeizuführen.

Herr Dreibrodt, Fraktion der SPD sprach sich eindeutig für den Standort Ludwigshafener Straße aus und begründete seine Entscheidung wie folgt. Zunächst monierte er die angegebene Planungszeit von 24 Monaten, die er nicht für realistisch hält. Beim Kriterium „Verkehrliche Erschließung“ vertrat er die Meinung, dass die Nutzer der Schwimmhalle kaum mit dem Zug angereist kommen. Des Weiteren bemerkte er kritisch, dass sich es beim Bau der Schwimmhalle um einen reinen Funktionsbau handle und dieser nicht repräsentativ in das Stadtbild passe. Auch bei dem Kriterium „Kosten“ und der daraus ersichtlichen Differenz in Höhe von 541,768 € äußerte er seine Zweifel und war der Ansicht, dass dieses Geld besser in die Ausstattung der alten Schwimmhalle fließen zu lassen bzw. in die Kulturarbeit der Stadt. Die gewollten Synergie- und Nutzungseffekte, so **Herr Dreibrodt** abschließend, sind am Standort Marktstraße in keiner Weise abzuleiten.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau, äußerte die Bitte, der Verwaltung die Möglichkeit einzuräumen, den Entscheidungsvorschlag weiter zu präzisieren.

Herr Hartmann, Fraktion der SPD vertrat die Meinung, die Thematik Schwimmhalle nicht buchhalterisch zu bewerten sondern als ein Gesamtpaket. Die Schwimmhalle kann ein attraktiver Bau sein, der sich gut in die gegebenen Wohn-/Schul-/Sport- und Kultureinrichtungen einfügen kann und Übergänge schafft.

In diesem Zusammenhang machte er auch auf den starken Leerstand im Bereich der Marktstraße/Steinstraße aufmerksam und ergänzte, dass man mit einem Bau in der Marktstraße auch die DWG unterstützen könne. Er appellierte auch an die anwesenden Stadträte, sich bei den Kosten Gedanken zur Nachhaltigkeit zu machen.

Zu den aufgeworfenen Fragen von **Herrn Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen** wie Außenbereich, Mischgebiet und Deponierung antwortete **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**.

Herr Glathe, Fraktion der CDU, stimmte grundsätzlich einer Innenstadtbelebung zu, äußerte aber auch seine Zweifel, ob das mit einer Schwimmhalle zu schaffen sei und ob der Zweckbau architektonisch zu der Marienkirche, zum Rathaus etc. in Einklang zu bringen ist.

Der **Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch**, ging in seinem Diskussionsbeitrag in Gänze auf die geäußerten Meinungsbilder ein. Er vertrat die Meinung, dass ein Zweckbau sich architektonisch gut in die Umgebung anpassen kann und was planungsrechtliche Fragen sind, sollte man der Verwaltung Glauben schenken. Synergieeffekte am Standort Ludwigshafener Straße, so **Herr Hantusch** weiter, sehe er keine, aber ist davon überzeugt, dass man die Schwimmhalle in der Innenstadt annehmen wird. In diesem Zusammenhang betonte er auch nochmals, dass man den demografischen Wandel nicht aus den Augen verlieren darf.

Bevor **Herr Schönemann** nochmals das Wort ergriff, mahnte ihn **Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, wiederholt, dass er seine Meinung im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt äußern möchte, denn im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus nehmen kompetente Vertreter seiner Fraktion teil.

Dennoch informierte **Herr Schönemann** die anwesenden Stadträte, dass sein Favorit bei der Standortentscheidung die Ludwigshafener Straße sei.

Herr Hartmann, Fraktion der SPD machte zum Schluss der Diskussion darauf aufmerksam, dass man im Bezug auf bereits beschlossene und in Endabstimmung befindliche Konzepte der Stadt Dessau-Roßlau diese nun mit Entscheidungen untermauern müsste.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abschließend wurde durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 3 : 4 : 1

Die Beschlussvorlage wurde abgelehnt.

5.3 Maßnamebeschluss zur Beschaffung eines Hilfeleistungslöschfahrzeuges 20/16 (HLF 20/16) über Verpflichtungsermächtigung 2013 für die Freiwillige Feuerwehr Roßlau Vorlage: BV/087/2013/II-37

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus stellte die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

5.4 Masterplan Innenstadt (MPI) - Schlussfassung
Vorlage: BV/014/2013/VI-61

Einführend in die Thematik zog der **Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch** ein Resümee über die Entstehung des MPI, der im Besonderen auf den demografischen Wandel abgestellt ist. Über einen Zeitraum von zwei Jahren beschäftigte sich die Verwaltung intensiv mit der zukünftigen Entwicklung und Stärkung der Stadt, explizit der Innenstadt. In diesen Prozess wurden Politik, Institutionen, Bürger und ein extra hierfür gegründeter Beirat mit einbezogen. Der MPI soll zukünftig als Arbeitsinstrument und Planungsgrundlage bei der Entscheidung über Investitionen und der Planung des kommunalen Haushalts sowie für die Fördermittelanmeldung herangezogen werden. Herr Hantusch appellierte an die anwesenden Mitglieder des Ausschusses, unbedingt konzeptkonform zu handeln und sich dem MPI verpflichtet fühlen.

Abschließend wurde durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 2

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich bestätigt.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen
6.1 Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

Anhand einer Präsentation stellte der **Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch**, die praktische Umsetzung der Aufgaben der Wirtschaftsförderung am Beispiel der Promet Safe LTD vor. Der Investor interessierte sich für den Wirtschaftsstandort Dessau-Roßlau (GG Flugplatz) und bat die Stadt Dessau-Roßlau um Unterstützung. Hierzu erfolgte die Erarbeitung eines Standortangebotes (englisch/deutsch). Des Weiteren wurde nach USP für den Standort ein Unternehmen gesucht (Schaltschrank- und Gehäusetechnik), um die Standortvorteile dem Investor näher zu bringen. Des Weiteren bot man dem Investor ein touristisches Programm, um die Attraktivität der Stadt zu präsentieren. Trotz aller Bemühungen und Vorteile entschied sich der Investor für den Standort Halle, ausschlaggebend waren hierbei die bessere Anbindung an die Autobahnen und der Gewerbesteuerhebesatz (450 % vs. 330 %).

Zum Thema Muldbrücke informierte der **Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch**, die anwesenden Stadträte, dass er am 28.05.2013 die Gelegenheit hatte, mit dem Oberbürgermeister und einem Vertreter des Tiefbauamtes beim Herrn Verkehrsminister Weibel vorzusprechen. Ausgehend von der Ist-Analyse wurde folgender Sachstand konstatiert. In Anspruch genommene EFRE Mittel in Höhe von ca. 8 Mio € wären vom Land bei der EU bis Ende 2015 abzurechnen. Ein Verwendungsnachweis durch die Stadt beim Land bis Mitte des Jahres 2015 wäre deshalb nicht realisierbar. Eine Zusicherung der Finanzierung wurde für das letzte Quartal 2013 (nach der Bundestagswahl) in Aussicht gestellt. Unter diesen Voraussetzungen und nach jetziger Lage gilt es, bis Mai 2014 eine Ersatzbrücke (dreispurig) in Höhe von ca. 3-4 Mio € zu bauen und nach der Finanzierungssicherung durch das Land eine modifizierte Ausschreibung zu initiieren. Um den starken Durchgangsschwerlastverkehr auf Grund der Umleitungssituation der A 9 (Baustelle) aus der

Stadt zu leiten, erging durch die Verwaltungsspitze an das Straßenverkehrsamt ein entsprechender Auftrag.

Auf die Frage von **Herrn Hofmeister, Fraktion Neues Forum**, was mit der bereits erfolgten fehlerhaften Ausschreibung passiere, antwortete der **Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch**, dass den Sachstand derzeit Fachleute prüfen.

Zum Sachstand Stadtmarketing informierte der **Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch**, über die derzeit noch in Frage kommenden Modelle. Der Geschäftsbesorgungsvertrag als auch die GmbH Lösung wurden geprüft. Derzeit wird die Variante des optimierten Amtes im Hause einer Analyse unterzogen. Das Ergebnis hierzu ist nach der Sommerpause zu erwarten, um eine Aussage treffen zu können, wie die Verwaltung weiter verfährt.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, äußerte, dass er die Optimierungsvariante ablehne und dieses Thema weiterhin in den Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus Berücksichtigung finden solle.

Ergänzend äußerte sich **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, dass das Stadtmarketing nicht nur ein wichtiger wirtschaftlicher Aspekt sei, sondern auch eine wichtige Rolle für den Kulturentwicklungsplan spiele und hier eine Parallelität in der Erarbeitung zu erzeugen sei.

6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Die Frage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, wie es um die Nachfolge bei den Stadtführern bestellt sei, antwortete **Frau Gebhardt, amtierende Amtsleiterin für Wirtschaft, Tourismus und Marketing**, dass das Amt sich diesem Thema bereits gewidmet habe mit dem Ziel, eine ausgewogene Altersstruktur zu erreichen, Darüber hinaus erfolgt derzeit eine enge Zusammenarbeit mit Bildungsträgern, der DEHOGA, der Volkshochschule, um entsprechende Schulungen von Stadtführern, Taxi-Fahrern oder Gastronomen anzubieten.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, den öffentlichen Teil der Sitzung schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

9. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, um 19.45 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 19.11.13

Hans-Joachim Mau
Vorsitzender Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und
Tourismus

i. A. L. Riehl
Schriftführerin